

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 269 – 10. Februar 2023

## Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Vergesslichkeit scheint bei der aktuellen Bundesregierung allmählich pathologisch zu werden. Der Bundeskanzler kann sich nicht an Gespräche mit dem Banker Olearius zum Cum-Ex-Steuerbetrug erinnern, bei der Ausarbeitung der Energiepauschale an die privaten Haushalte hat die Bundesregierung zunächst die Rentner und Studenten vergessen. Bei der hastigen Nacharbeit hat die Ampel dann wiederum diejenigen Rentner vergessen, die über Versorgungswerke versichert sind und bis heute hat sie vergessen, die Pauschale an die Studenten auch auszuzahlen. Sie warten weiterhin vergeblich auf die Auszahlung der 200 Euro, die bereits vor Monaten vom Bundestag beschlossen wurden. Gleiches gilt für die Härtefallhilfen an private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen. Vor Monaten von der Bundesregierung zugesagt und immer noch nicht ausgezahlt.

Über all das könnte man lachen, wenn sich die Bundesrepublik nicht in der schwersten Krise seit dem zweiten Weltkrieg befinden würde. Gerade in diesen Zeiten muss die Politik für Verlässlichkeit und Vertrauen stehen. Als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag werden wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion daher nicht nachlassen, auf diese Missstände aufmerksam zu machen und für Verbesserungen zu kämpfen.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

## **Wortbruch der Ampel rückgängig machen: Haushalte und Betriebe bei Öl, Pellets und Flüssiggas entlasten**

In der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestags haben die Ampel-Fraktionen die Auszahlung von Hilfen für Betriebe verweigert, die Öl, Pellets oder Flüssiggas nutzen. In dieser Sitzungswoche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag gestellt, der die

Bundesregierung dazu auffordert, ihren Wortbruch rückgängig zu machen und die versprochenen Energiehilfen auszusahlen.

Zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen nutzen Öl, Pellets oder Flüssiggas als Energieträger. Hinzu kommen 10 Millionen Privathaushalte in Deutschland, die mit einem dieser Energieträger heizen. Die Entlastung bei den Energiekosten der Betriebe und Privathaushalte war von der Bundesregierung fest zugesagt worden. Der Wortbruch der Ampel-Koalition ist ein verheerendes Signal an Wirtschaft und Verbraucher.

In unserem Antrag fordern wir die Ampel auf, ihren Widerstand gegen die Auszahlung der versprochenen Energiehilfen aufzugeben. Die angekündigten und mit den Ländern vereinbarten Gelder für die Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Kultureinrichtungen müssen vollständig zur Verfügung gestellt werden. Auch Energieträger wie Pellets, Öl oder Flüssiggas müssen hierbei berücksichtigt werden. Außerdem fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung von Härtefallhilfen an private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen schnellstmöglich zu schaffen.

## **Kanzler muss Flüchtlingssituation zur Chefsache machen!**

Im vergangenen Jahr hat Deutschland mehr Flüchtlinge aufgenommen als 2015 und 2016. Für 2023 ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten. Die Auswirkungen spüren insbesondere die Kommunen. In der Kreistagssitzung des Eifelkreises Bitburg-Prüm haben wir uns unter anderem mit dem Doppelhaushalt 2023 und 2024 beschäftigt. Die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten steigen immens. Die Situation im Eifelkreis ist beispielhaft für ganz Deutschland. Die Kommunen sind an der Belastungsgrenze. Eine adäquate Unterbringung der Flüchtlinge ist für viele Kommunen kaum mehr zu bewerkstelligen. Einige haben bereits Aufnahmestopps verkündet. Die Kommunen brauchen dringend finanzielle Unterstützung vom Bund. Zum Beispiel durch die Übernahme der Wohnkosten.

Der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser angekündigte Flüchtlingsgipfel greift dabei viel zu kurz, da sie beispielsweise keine Zuständigkeit für Finanzfragen hat. Der Bundeskanzler muss das Thema jetzt zur Chefsache machen und alle relevanten Ministerien einbinden, um die Kommunen zu entlasten und die illegale Migration weiter zu reduzieren.

## **Habeck muss Verkauf des Flughafens Hahn an russischen Oligarchen stoppen**

Der Flughafen Hahn im Hunsrück steht zum Verkauf und als potentieller Käufer wird derzeit die NR Holding des Nürburgrings genannt, die dem russischen Oligarchen Viktor Charitonin gehört. In Russland ist Charitonin Eigentümer eines großen Pharmaunternehmens, das u.a. den Covid-Impfstoff Sputnik V herstellt. Ihm werden gute Kontakte in den Kreml und zu Präsident Putin nachgesagt. Bisher steht Charitonin allerdings nicht auf der EU-Sanktionsliste, die nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gegen Vertraute Putins verhängt

wurde. Die Bundesregierung hat bislang nicht erklärt, warum sie den russischen Oligarchen nicht auf die Sanktionsliste setzen lässt.

Der Verkauf an Charitonin birgt die Gefahr der russischen Einflussnahme auf kritische Infrastruktur in Deutschland. Die Gläubigerversammlung des insolventen Flughafens lehnte gestern den Verkauf an den russischen Milliardär vorläufig ab, will aber auf die Investitionsprüfung durch das Bundeswirtschaftsministerium warten. Jetzt ist es an Wirtschaftsminister Habeck, zügig zu prüfen, ob der Verkauf an Charitonin die öffentliche Sicherheit gefährden würde.

Zum Verkauf des Hahn hört man von der rheinland-pfälzischen Ampel-Regierung sehr wenig. Während die hessische Landesregierung sich gegen den Verkauf an den russischen Investor ausgesprochen hat, schweigt die Mainzer Staatskanzlei zu den Vorgängen.

Die SPD-geführten Landesregierungen unter Kurt Beck und Malu Dreyer haben am Flughafen Hahn versagt. Jetzt wäre es endlich an der Zeit, sich aktiv um eine stabile Zukunft des Flughafens zu bemühen. Doch der Mainzer Ampel scheinen die Hunsrück-Region und die Arbeitsplätze vor Ort egal zu sein.

Für uns als CDU steht fest, dass der Flugbetrieb am Hahn fortgesetzt werden soll. Eine sicherheitspolitisch fragwürdige Einflussnahme aus Russland muss beim Verkauf des Flughafens ausgeschlossen werden.

## **Union will Ausnahme für Landwirtschaft bei Düngung in roten Gebieten**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich weiterhin dafür ein, eine Ausnahmeregelung für landwirtschaftliche Betriebe bei der Düngung in den sogenannten roten Gebieten zu schaffen. Wir brauchen beim Düngerecht mehr Pragmatismus und weniger Ideologie. Landwirtschaftliche Betriebe, die nicht für die hohe Nitratbelastung verantwortlich sind, sollten von den Bestimmungen für die roten Gebiete ausgenommen werden.

Hintergrund des Vorstoßes ist die Neuausweisung der roten Gebiete durch die Bundesländer zum Jahresende 2022. Rote Gebiete sind jene Flächen, die eine hohe Nitratbelastung im Grundwasser aufweisen. Landwirtschaftliche Betriebe dürfen in diesen Gebieten nur unter dem Nährstoffbedarf der Pflanzen düngen. Für die betroffenen Landwirte ist dies mit höheren Kosten und viel Bürokratie verbunden. Wir fordern daher von der Bundesregierung die Erarbeitung eines Konzepts zur Befreiung landwirtschaftlicher Betriebe von den Regelungen im Düngerecht. So sollen Betriebe, die in einem roten Gebiet liegen, aber nachweislich gewässerschonend arbeiten, von den Verpflichtungen des Düngerechts ausgenommen werden.

Es muss das Verursacherprinzip gelten. Ein Landwirt, der nachweislich seit Jahrzehnten gewässerschonend wirtschaftet, kommt als Verursacher für eine hohe Nitratbelastung nicht in Frage und sollte daher auch nicht unter den strikten Auflagen leiden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Ampel muss hier Abhilfe schaffen.

## Abschied von Gero Storjohann

In dieser Woche habe ich mich in das Kondolenzbuch für meinen geschätzten Bundestagskollegen Gero Storjohann eingetragen, der letzte Woche verstorben ist. Mit Gero Storjohann, der seinen schleswig-holsteinischen Wahlkreis zwei Jahrzehnte im Bundestag vertrat, habe ich gerne und eng im Verkehrsausschuss zusammengearbeitet. Mein aufrichtiges Beileid gilt seinen Angehörigen.

Impressum gem. § 5 TMG :  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 71884  
E-Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)